



## **GdP- Petition**

### **zur grundgesetzlichen Alimentationspflicht**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben der Verfolgung verschiedener Klagen vor Verwaltungsgerichten zur grundgesetzlichen Alimentationspflicht und dem Einlegen eines Widerspruchs gegen die Alimentation i.V.m. der Einführung der Kostendämpfungspauschale bzw. des Besoldungseinbehaltes möchten wir mit Hilfe dieser Petition die Abgeordneten des Landtages auffordern, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen.

Wir erwarten mit einer erfolgreichen Petition, dass die Besoldungsentwicklung in den letzten Jahren einer genauen Betrachtung unterzogen wird und besonders die Frage geklärt wird, inwieweit die finanzielle Ausstattung der Beamten und Richter greifbar hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück geblieben und damit nicht mehr amtsangemessen ist. Sollte sich aus dieser Prüfung ergeben, dass die Besoldung und Versorgung nicht mehr amtsangemessen ist und damit der grundgesetzlichen Alimentationspflicht widerspricht, fordern wir die Abgeordneten auf, Abhilfe zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nutzt die beigefügten Unterschriftslisten und übergebt diese im Original dem Landesbüro der GdP (s.u.). Selbstverständlich sind die Listen als Vordruck im Intranet bzw. im Internet auf unseren Seiten zu finden.

Wir werden euch rechtzeitig über den Abschluss der Aktion informieren.

Der Landesvorstand

